

Michael Sommer
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Demo in Berlin 11. Februar 2006

Europa JA – Sozialdumping NEIN

Es gilt das gesprochene Wort!

Verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zehntausende Demonstranten hier in Berlin, am Dienstag zehntausende Demonstranten in Straßburg protestieren gegen die noch von der alten EU-Kommission geplante Dienstleistungsrichtlinie.

Ihr Erfinder, Ex-Kommissar Frits Bolkestein gehört zu dem neoliberalsten, was Europa zu bieten hat. Er will den freien Markt für Dienstleistungen ohne sozialen Schutz, ohne den Schutz der Umwelt, ohne jedwede Sicherung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sein Bild von Europa ist offensichtlich das eines ungehemmten, unsozialen Brutalkapitalismus.

Und machen wir uns nichts vor. Auch die jetzige Kommission der Herren und Damen Barroso und Co. hängt im Kern diesem ewig gestrigen Denken an. Allzu gerne sind sie bereit, das europäische Deckmäntelchen auszubreiten, um die sozialen Schutzrechte der Mitgliedsstaaten kaputt zu machen, Arbeitnehmerrechte zu schleifen, Steuerhinterziehung im großen Maße zu ermöglichen und Umweltstandards zu unterlaufen.

Und dafür haben sie sich ein tolles Instrument ausgedacht. Das heißt Herkunftslandprinzip. Dieses Prinzip besagt nichts anderes, als dass jeweils das Recht gelten soll, das in dem Mitgliedsstaat gilt, aus dem die Dienstleistungsfirma kommt und nicht das Recht des Landes, in dem sie gerade arbeiten will.

Das heißt, hier in Berlin soll nicht mehr deutsches Arbeitsrecht gelten, wenn eine lettische Malerfirma oder ein portugiesischer Dachdecker ihre Dienste anbieten. Kein deutscher Polizist, kein deutsches Ordnungsamt, keine Gewerbeaufsicht könnte etwas dagegen tun, dass hier bei uns Hungerlöhne von 50 Cent gezahlt, unsere Umwelt zerstört oder unsere Arbeitnehmerschutzrechte mit Füßen getreten werden.

Denn das wäre völlig legal – eben europäisches Recht. Mit der Folge, dass damit unsere von uns vielfach hart erkämpften Schutzrechte, Sozialstandards und Einkommen dem Dumping zum Opfer fallen würden. Der freie Fall nach unten wäre programmiert. Es drohte der Verlust von zigtausend Arbeitsplätzen, eine abermalige Pleitewelle bei den Handwerkern, eine völlige Zerrüttung der Sozialsysteme und und und.

Deshalb ist es gut, dass wir heute aufgestanden sind, um diesen Irrsinn zu stoppen.

Ja, wir müssen Druck machen. Gegen eine unsoziale Politik, die möglicherweise einigen Arbeitgeberfunktionären und wirtschaftsliberalen Professoren gefällt, die aber die europäischen Sozialstaaten dramatisch zerstören würde. Und das sind eben nicht nur Deutschland, sondern auch Schweden, Frankreich, Belgien oder Österreich.

Mache sich niemand etwas vor. Kein Dienstleistungsbereich bliebe ausgespart. Von der Altenpflege bis zum Dachdecker, vom Servicemonteur bis zur Logistik, alle Dienstleistungen, auch die industriellen Dienstleistungen wären erfasst.

Nun wird der eine oder andere sagen: So schlimm wird es doch nicht kommen. Unsere Verhandlungen haben doch schon etwas bewirkt. Das ist auf den ersten Blick richtig. Nach dem in Frankreich und den Niederlanden die Volksabstimmungen über die europäische Verfassung verloren wurden, weil weder die Niederländer noch die Franzosen ein unsoziales Europa wollen, sind einige aufgewacht.

Nachdem klar war, dass die Gewerkschaften in ganz Europa nicht locker lassen und unsere Demonstrationen vom 8. März vergangenen Jahres in Brüssel keine Eintagsfliege war, ist hinter den Kulissen hart verhandelt worden. Bis in die letzten Tage hinein. Und da ist gar mancher Fortschritt erzielt worden. Dafür sage ich ausdrücklich Dank.

Ich sage aber zugleich: Wir müssen wachsam bleiben. Denn erstens ist der zwischen den Sozialisten und der Europäischen Volkspartei erzielte Kompromiss, der vielen unserer Forderungen entgegen kommt, noch nicht in Sack und Tüten. Gerade die konservative Fraktion im Europaparlament ist in dieser Frage nach wie vor tief zerstritten.

Zum zweiten: Selbst wenn das Parlament in unserem Sinne entscheiden sollte, ist erst ein Etappensieg erreicht, sicherlich ein wichtiger, aber eben kein endgültiger. Denn dann ist die Kommission mit Barroso & Co. am Zug. Und das ist eben alles andere als die Garantie für sozialen Fortschritt.

Letztlich muss der Europäische Rat entscheiden. Der Rat der Staats- und Regierungschefs, der in seiner überwiegenden Mehrheit neokonservativ geprägt ist. Umso wichtiger ist, dass die nationalen Regierungen in dieser Frage eindeutig auf der Seite derer stehen, die sich zu Europa bekennen, aber die ein Europa des Lohn- und Sozialdumpings energisch bekämpfen.

Deshalb ist es gut, dass heute zu dieser Demonstration nicht nur die Gewerkschaften, nicht nur die Sozialverbände, nicht nur die Umweltschützer, nicht nur soziale Bewegungen, sondern auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bündnis 90/Die Grünen, die Linkspartei, ja, auch die CDA aufgerufen haben. Das gibt uns Zuversicht, dass wir auch die nächsten Etappen gewinnen können.

Den Vertretern der Parteien und auch der Bundesregierung sage ich allerdings auch: Wir hören ihre Botschaften wohl, wir erwarten aber auch entsprechendes politisches Handeln. Heute und Morgen.

Zum Schluss: In diesen Tagen finden viele soziale Kämpfe statt. Und wir grüßen solidarisch die streikenden Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst. Wir versichern den Arbeiterinnen und Arbeitern der AEG in Nürnberg wie vielen, vielen anderen, die um ihre Existenz kämpfen – auch hier in Berlin – unserer Solidarität. Seid gewiss: Ihr steht nicht allein.

Der erfolgreiche Kampf der europäischen Hafenarbeiter gegen die ebenso unsoziale Hafenrichtlinie Port Package II macht uns Mut. Wenn wir kämpfen, können wir nicht nur gewinnen, wir werden gewinnen.

Wir wollen ein friedliches, ein fortschrittliches und ein erfolgreiches Europa. Aber das wird nur kommen, wenn Europa sozial ist. Merke: Europa wird sozial sein. Oder es wird gar nicht sein.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.